Rede zum Haushalt 2024 von Wilfried Berndt, CDU-Fraktionsvorsitzender

**Sehr geehrte Frau Leonhardt,
sehr geehrte Damen und Herren**

In diesem Jahr beschließen wir erstmals einen Doppelhaushalt. Ein Verfahren, das für die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar ist. Dass der Haushalt 2024 besonders spät verabschiedet wird, ist angesichts der herausfordernden Ausgangssituation zur Gewinnung besserer Erkenntnisse noch halbwegs nachvollziehbar. Dass man dann aber im Rahmen des Doppelhaushalts das Jahr 2025 direkt mit beschließt, zu welchem noch kaum Erkenntnisse vorliegen, ist nicht zu verstehen.

Es ist schon bemerkenswert, dass ausschließlich die SPD-geführten Städte in der StädteRegion einen Doppelhaushalt einbringen. Möchte man sich unangenehme finanzpolitische Entscheidungen aus dem Kommunalwahljahr heraushalten?

Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Die Haushaltssituation der Stadt Eschweiler ist nach wie vor desaströs. Nach aktuellem Stand werden wir in 2024 einen Jahresfehlbetrag von ca. 21 Mio. € haben. Für 2024 war im letzten Jahr ein Fehlbetrag von ca. 10 Mio. € prognostiziert worden und ab 2025 wurde wieder mit einem Überschuss gerechnet.

Das zum Thema seriöser Haushaltsplanung und zur Frage, kann man der jetzt vorgelegten Planung überhaupt noch Glauben schenken?

Um dieses immense Minus zu egalisieren, schlagen die Verwaltung, die SPD und die Grünen eine drastische Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 520% auf 895% vor, und das rückwirkend ab dem 01.01.24! Das bringt ca. 8 Mio. € Mehreinnahmen. Der dann noch existierende Fehlbetrag für 2024 von ca. 13 Mio. wird durch den Griff in die Ausgleichrücklage gedeckt. Die Mittelfristplanung bis 2028 zeigt, dass die Ausgleichrücklage von 47,7 Mio. in 2022 auf 1,6 Mio € in 2028 abgeschmolzen wird bei einem noch existierenden negativen Jahresergebnis von 4,6 Mio €. Also sind wir laut dieser Planung im Jahre 2029 pleite!

Dies ist nicht nur desaströs, sondern auch absolut unseriös!

Das kann und will die CDU nicht mittragen. Wir machen schon seit Jahren Sparvorschläge, die immer wieder von der SPD in den Wind geschlagen werden. So haben wir gemeinsam mit der Basis einen Antrag im September 2023 zur Gründung einer Lenkungsgruppe „Haushaltskonsolidierung und Prozessoptimierung“ gestellt, der dann in der Ratsitzung vom 27.09.23 von der Koalition aus SPD und Grünen abgelehnt wurde. Die gesamte Opposition erkannte die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit an und stimmte dafür.

Diese Lenkungsgruppe soll in der Hauptsache Potenziale bei den Personalkosten durch Optimierung der Prozesse und den Einsatz von IT und KI heben. Wir haben schon immer moniert, dass die Verwaltung zu expansiv bei den Planstellenausweitungen vorgeht. Uns ist klar, dass die umfangreichen Tarifabschlüsse die Personalkosten noch weiter in die Höhe getrieben haben, umso wichtiger ist es, an dieser Stelle besonders hinzuschauen. So steigen die Personalkosten von ca. 53 Mio. in 2023 auf ca. 62 Mio. in 2028 an. Wir sind uns sicher, dass eine Lenkungsgruppe ab 2025 eine Kostenreduzierung realisiert bei gleicher Performance und vor allem auch einer Verbesserung des Betriebsklimas.

Weniger Bürokratie führt zu höherer Bürgerfreundlichkeit und weniger Arbeitsbelastung für die städtischen Mitarbeitenden. Deshalb müssen alle Prozesse mit Hinblick auf eine effiziente Ausgestaltung überprüft werden. So kann z.B. eine zentrale datenschutzkonforme Datenplattform mehrfachen Anfragen von Bürgerdaten - wie heute oftmals der Fall - vermeiden.

Städtische Prozesse müssen konsequent digitalisiert werden. Ist jedes Formular wirklich nötig? Wenn es nötig ist, kann es digitalisiert werden? Dies würde auch ein echtes mobiles Arbeiten ermöglichen. Neben einer Stärkung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin, kann teures Anmieten weiterer Büroflächen für die Stadtverwaltung damit vermeidbar sein.

Mittelfristig können so Personalaufwendungen durch Stellenverlagerungen und durch die Vermeidung der Wiederbesetzung von Stellen eingespart werden; gleiches gilt für die Arbeitsplatzkosten, d.h. Raumkosten und EDV-Ausstattung.

Auch die Verkleinerung des Stadtrats auf 44 Mandate hätte ab dem nächsten Jahr zu einer Kostenreduzierung im Bereich der Aufwandsentschädigungen und der Sachkosten beitragen können. Aus Sicht der CDU sollte Politik zuerst an sich selber und bei der Verwaltung sparen, bevor man den Bürgern höhere Steuern abverlangt. Aber auch dies wurde abgelehnt.

Hier scheint der Koalition das Hemd näher als der Rock zu sein!

Gleichwohl sehen wir schon seit Jahren bei der Gewerbesteuer deutliches Potenzial für eine Erhöhung der Einnahmen. Hierzu ist aber der Strukturwandel schnellstens voran zu treiben, der neben der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, auch mehr Gewerbesteuer in die Eschweiler Stadtkasse spülen kann.

Der Blausteinsee dümpelt seit vielen Jahren vor sich hin. Jedes Jahr bezuschussen wir die Blausteinsee GmbH mit 250.000,- €. Die CDU fordert schon seit Jahren eine maßvolle touristische Erschließung des Sees und hat schon verschiedenste Ideen hierzu eingebracht: von einem Caravan-Stellplatz über einen Streichelzoo bis hin zu einem bewirtschafteten Strandabschnitt. Alles ist stets abgelehnt worden, mit der Folge eines Dauerfehlbetrags aus dem Produkt Blausteinsee von rund 330.000,- €. Auch hier könnte eine Lenkungsgruppe wichtige Impulse geben.

Schon im letzten Jahr haben wir die Einrichtung eines zentralen Fördermittelmanagements gefordert, um vorhandene Fördertöpfe bestmöglich für die Stadt Eschweiler abgreifen zu können. Geschehen ist hierzu bisher nichts!

Parallel müssen wir uns natürlich über alle Parteigrenzen hinweg beim Land und beim Bund für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen einsetzen. Die seitens des Landes NRW jüngst vorgestellte Altschuldenregelung mit einem Volumen von 250 Millionen Euro über 30 Jahre ist lobenswert, kann aber nur ein erster Schritt in diese Richtung sein und entbindet uns nicht, Mehreinnahmen und Minderausgaben in den von der Stadt selbst beeinflussbaren Bereichen zu finden.

Eine seriöse Haushaltsplanung, wofür die CDU steht, muss natürlich auch dafür sorgen, dass das strukturelle Defizit des Haushaltes beseitigt wird. Dies ist bei dem jetzt vorgelegten Haushaltsplan der Verwaltung, SPD und Grünen mitnichten der Fall. Wir haben auf Basis der von Frau

Merx vorgelegten Zahlen belastbare Kalkulationen durchgeführt. Wir sehen aber leider keinen Sinn darin, diese Vorschläge den verantwortlichen Personen und Fraktionen vorzulegen, die stur an ihrem Vorschlag festhalten wollen.

Unter dem Slogan „Eschweiler 2030“ hat sich die Stadt bereits vor weit mehr als zehn Jahren auf den Weg gemacht, ihre kommunalen Entwicklungsprozesse im Strukturwandel nachhaltig zu gestalten. Der anstehende Strukturwandel sollte bis dahin größtenteils gemeistert sein. Von diesem Ziel sind wir aus unserer Sicht meilenweit entfernt. Hat Frau Leonhardt es schon aufgegeben? Haben wir deshalb ein neues Logo? Was für uns alle plötzlich vom Himmel fiel.

Aufgrund der schlechten Performance seitens der SPD, Grünen und Verwaltung, die die Vorgaben der beiden Regierungsfractionen umsetzen muss, und der daraus resultierenden Stagnation, wenn nicht sogar dem daraus resultierenden Rückschritt in Eschweiler – stand die Stadt vor 25 Jahren nicht besser da? - treibt man die Wähler in Scharen in die Arme der AFD, insb. die Wähler der SPD. Hauptverantwortlich ist Frau Leonhardt, die seit über zehn Jahren die mächtigste Person in der Eschweiler Politik ist. Auf einmal heißt es, die sogenannten demokratischen Parteien müssen zusammenrücken. Jetzt plötzlich sind wir gut genug und sollen dem Haushalt zustimmen. Jahrelang hat man die CDU und ihre Vorschläge ignoriert und abgelehnt - in einer kaum zu überbietenden Arroganz. Nochmal: Die Verantwortung für den Zustand der Stadt Eschweiler und den desaströsen Haushalt trägt ganz alleine die SPD und Frau Leonhardt!

Bestes Beispiel für deren Unfähigkeit ist der Zustand des Geländes rund um das Rathaus. Schon in 2016 hat die CDU deutlich gemacht, dass ein neuer Bebauungsplan her muss. Dies ist jahrelang seitens der SPD belächelt und in einer unnachahmlichen Überheblichkeit abgelehnt worden. Bei aus ihrer Sicht zu kritischen Äußerungen unsererseits, wurde uns sogar häufig mit juristischen Schritten gedroht. Die Befreiungen werden es schon richten, hieß es. Nach vielen Jahren haben wir endlich einen neuen Bebauungsplan. Der Investor hat aber anscheinend keine Lust oder kein Geld anzufangen und verklagt die Stadt lieber auf 3 Mio. Schadensersatzzahlung. Was passiert denn dann mit dem vorgelegten Haushalt, wenn er vor Gericht Recht bekommt?

Schon im letzten Jahr schlug ich in meiner Haushaltsrede vor, alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu bündeln, um den Wiederaufbau

und den Strukturwandel gemeinsam mit der Verwaltung voranzutreiben. Diese ausgestreckte Hand wurde nicht angenommen. Jetzt kann man nur hoffen, dass der Wähler im nächsten Jahr erkennt, dass die seit 25 Jahren verantwortlichen Kräfte Eschweiler in keinsten Weise nach vorne bringen, sondern sogar ruinieren! Da dies auf Bundesebene nicht besser ist, befinden wir uns in einem doppelten Dilemma.

Fazit

Die geplanten Steuererhöhungen können wir angesichts der aus unserer Sicht liegengelassenen Potenziale und dem abgelehnten Vorschlag zur Bildung einer Lenkungsgruppe nicht mittragen. Das Verfahren zur Aufstellung eines Doppelhaushalts findet ebenfalls nicht unsere Zustimmung. Deshalb lehnen wir den Haushalt 2024/2025 heute ab!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.